

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden =
Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 47 (2021)

Heft: 2

Artikel: Von Distanz und Einmischung : über das Verhältnis von Wissenschaft
und Politik

Autor: Kempen, Bernhard

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-966141>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von Distanz und Einmischung – Über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik

Bernhard Kempen*

1. Wissenschaft und Politik als aufeinander bezogene Sphären

Wissenschaft und Technologie prägen unser Leben. Die Durchdringung aller Daseinsbereiche mit wissenschaftlichen Methoden schreitet voran. Entscheidungen und Produkte ohne wissenschaftliche Expertise sind in modernen Gesellschaften kaum mehr vertretbar. Beim Kampf gegen die Covid-19-Pandemie wird dies aktuell beispielhaft sichtbar. Für die Gesellschaft hängt in dieser Ausnahmesituation nahezu alles von den Erkenntnissen, Fortschritten und Erfolgen der Wissenschaft ab. Die Pflege und Hege von Bildung und Forschung im 21. Jahrhundert ist für alle Staaten essentiell, besonders für die, deren wichtigste Ressource kluge Köpfe sind.

Wie unter einem Brennglas veranschaulicht die Pandemie, dass Wissenschaft und Politik aufeinander bezogen sind. Grundsätzlich verfolgen sie aber verschiedene Ziele. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler streben nach Erkenntnisgewinn und die Mehrung von Wissen; Politikerinnen und Politiker auf den Ausgleich von Interessen und letztlich nach Gestaltungsmacht. Berührungspunkte zwischen beiden Sphären entstehen immer dort, wo Wissens- und Informationsdefizite zu beseitigen sind oder beabsichtigte Entscheidungen, manchmal aber auch bereits vollzogene Handlungen fachlich abgesichert werden sollen. Das birgt Chancen wie Gefahren. Wissenschaftsberatung kann den Weg zu politischen Entscheidungen ebnen, im Idealfall mithin Entscheidungsqualität erhöhen. Umgekehrt kann sie der Politik auch als Feigenblatt dienen. Bei komplexen Abwägungsfragen können Politikerinnen und Politiker, denen nach dem Willen der Wählerinnen und Wähler die Entscheidungshoheit obliegt, durchaus unter Berufung auf externen Sachverstand die alleinige Verantwortung relativieren. Je mehr in den fragmentierten und individualisierten Gesellschaften der westlichen Industrienationen die Kraft zum politischen Kompromiss und Interessenausgleich schwindet, umso größer wird die Neigung, strittige Entscheidungen an Expertinnen und Experten und damit sehr häufig an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu delegieren. Die Demokratie kann dadurch auf die Dauer Schaden nehmen. Dem politischen Diskurs, von dem sie lebt, drohen essentielle Streitfragen entzogen zu werden.

Die Versuchung, mit Wissenschaft Politik zu machen, ist groß. Auch Teile der Scientific Community sind ihr erlegen. Auf Demonstrationen marschieren «Scientists for Future» Seite an Seite mit der «Fridays for Future»-Bewegung und streiten öffentlich und vehement um den richtigen Kurs in der Klimapolitik. Angesichts der elementaren Herausforderungen, die die globale Erderwärmung für die Zukunft der Planeten und der Menschheit bedeute, dürfe Wissenschaft nicht länger schweigen, sie müsse Verantwortung übernehmen und konkrete Standpunkte beziehen, heißt es dann. Auch im Kampf gegen Fake-News und Verschwörungstheorien sehen viele die Wissenschaft gefragt. Sie biete im Gegensatz zu bloßen Meinungen verlässliche Fakten, denen sich niemand entziehen könne.

«Follow the Science»: Übernehmen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wenn sie Handlungsempfehlungen formulieren, denen Politik tunlichst folgen soll? In welchem Maß sollen sie sich in Staat und Gesellschaft einmischen? Wann und wo

* Deutscher Hochschulverband,
Rheinallee 18–20, 53173 Bonn, Deutschland.

E-mail: praesident@hochschulverband.de
<https://www.hochschulverband.de>



Bernhard Kempen, Dr. iur., seit 2001
Universitätsprofessor für Öffentliches Recht und
Völkerrecht an der Universität zu Köln, zugleich
Direktor des Instituts für Völkerrecht und ausländisches
öffentliches Recht der Universität zu Köln, Mitdirektor
des Instituts für deutsches und europäisches
Wissenschaftsrecht der Universität zu Köln, Mitdirektor
des International Investment Law Centre Cologne
(IILCC), Mitdirektor des Instituts für Europäische Rechtslinguistik der
Universität zu Köln.

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität des Saarlandes
in Saarbrücken (1977 bis 1983), Promotion (1998) und Habilitation
(1994) an der Universität zu Köln, Inhaber des Lehrstuhls für
Staatsrecht, Völkerrecht, Internationales Wirtschaftsrecht und
Wirtschaftsverwaltungsrecht der Universität Würzburg (1995 bis
2001). Zahlreiche Beiträge und Interviews in Rundfunk, Fernsehen und
Printmedien, insbesondere zu völkerrechtlichen, staatsrechtlichen
und hochschulrechtlichen Fragen. Präsident des Deutschen
Hochschulverbandes, der Berufsvertretung der Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler in Deutschland (33.000 Mitglieder), Vorstand
der Deutschen Universitätsstiftung, Mitglied der Deutschen
Staatsrechtslehrervereinigung; Mitglied der Deutschen Gesellschaft für
Internationales Recht; Mitglied der International Law Association.

Photo: ©Till Eitel eyetill.com

sollen sie Distanz halten? Auf der Suche nach Antworten gilt es zunächst, den Blick auf das Berufsethos von Wissenschaftlern zu richten.

2. Wissenschaft als Suche nach Wahrheit

Die Maßstäbe, die an diejenige oder denjenigen zu legen sind, die Wissenschaft ausüben, sind streng: Kern der Wissenschaft ist die Suche nach Erkenntnis und Wahrheit. Motor ist die Neugier der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Antworten zu Fragen, die erst einmal zweckungebunden und nicht von vornherein an Anwendbarkeit oder Verwertung geknüpft sind. Die Geschichte der Wissenschaft zeigt: Große, bahnbrechende Entdeckungen sind entgegen landläufiger Meinungen nicht planbar. Sie sind häufig Produkt des Zufalls und stammen bis zum heutigen Tag nicht selten von verkannten oder verfeimten Außenseiterinnen und Außenseitern.

Der Respekt vor und die fortwährende kritische Auseinandersetzung mit anderen Meinungen gehören zur Wissenschaft. Urteile dürfen nur nach Würdigung aller wesentlichen Gegenargumente abgegeben werden. Ehrlichkeit gegenüber sich selbst und anderen bildet das Fundament der Berufsausübung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der redliche Umgang mit Methoden, Quellen und Daten sowie dem geistigen Eigentum Dritter sind eine wesentliche Voraussetzung, aber leider nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Die Missachtung wissenschaftlicher Grundregeln in Form von Datenfälschungen und Plagiaten betrifft nicht nur Studierende, sondern auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, manchmal sogar ihre Stars.

Vor einem uneingeschränkten und bedingungslosen Zutrauen in die Rationalität von Wissenschaft ist daher zu warnen. Dies gilt umso mehr, als ein solcher Wissenschaftsglaube oft genug zwei gegenläufigen, aber gleichermaßen fatalen Missverständnissen unterliegt: Einerseits lautet die unkritische Annahme, ein bestimmtes Forschungsergebnis sei Wahrheit, und andererseits die überkritische Annahme, unterschiedliche Forschungsergebnisse spiegeln alternative Wahrheiten oder Fakten. Beides ist auf seine Weise falsch.

Es gibt nur eine Wahrheit. Wissenschaft ist die niemals vollständig abgeschlossene Suche nach dieser Wahrheit. Um auf der Wahrheitssuche erfolgreich zu sein, muss Wissenschaft unvoreingenommen und frei von wissenschaftsfremden Einflüssen arbeiten. Grundannahmen, Fragestellung und Methoden sind offenzulegen, Aussagen sowie Ergebnisse müssen nachvollziehbar und überprüfbar sein. Das Beste,

was Wissenschaft dann leisten kann, ist die Erkenntnis, dass nach dem heutigen Stand der Wissenschaft, der aber morgen nicht mehr Gewissheit sein könnte, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein bestimmtes Forschungsergebnis als Wahrheit anzusehen ist. Das ist auf dem ersten Blick vielleicht nicht viel – bei genauerem Hinsehen aber eine ganze Menge! Den «relativen» wissenschaftlichen Erkenntnissen verdanken die Menschen viel, vor allem jenen enormen medizinischen und technischen Fortschritt, den insbesondere Hans Rosling, inzwischen verstorbener Professor für Internationale Gesundheit am Karolinska Institut in Stockholm und Direktor der Gapminder-Stiftung, so eindrucksvoll gegen den vorherrschenden notorischen Pessimismus ins Feld geführt hat.

3. Wissenschaft kann keine politischen Wertungen ersetzen

Zu Erkenntnisstufen und Fortschritten tragen alle Wissenschaftsdisziplinen bei. Mag es noch innerhalb der Fächer ein fortwährendes Wechselspiel zwischen Mehrheits- und Minderheitsmeinungen geben, ohne dass damit zugleich eine definitive Aussage über den jeweiligen Wahrheitsgehalt verbunden werden kann, so existiert naturgemäß keine Rangordnung zwischen einzelnen Disziplinen. Das ist auch einer der Gründe, warum sich in Fragen der Pandemiebekämpfung keine einheitliche, geschweige denn eindeutige wissenschaftliche Position artikulieren lässt. Die Virologie mag die Infektionslage und die Gefährlichkeit des SARS-CoV2-Virus beschreiben, die Abschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die aus dem Infektionsschutz resultieren, werden vor allem Soziologie, Ökonomie und Psychologie vornehmen können. Gerade die in den Hochschulen virulente und besonders in Deutschland heftig geführte Debatte, ob und inwieweit Bildungseinrichtungen im Rahmen des Pandemiegeschehen offen bleiben sollen, ist keine ausschließlich wissenschaftliche Frage, sondern bedingt komplexe Abwägungsprozesse. Ob dem Infektionsschutz oder dem Recht auf Bildung der Vorrang gebührt – darüber müssen Politik und Gesellschaft streiten und in jedem Einzelfall entscheiden.

Dabei können wissenschaftliche Urteile die Politik beeinflussen, sind jedoch – richtig gehandhabt – noch keine politischen Wertungen. Die Beratung der Politikerinnen und Politiker durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist legitim, sie sollte Wissenschaft und nicht Politik sein. Dabei kann es von Vorteil sein, wenn wissenschaftsübergreifend vorhandenes Wissen aus den einzelnen Disziplinen gebündelt und für notwendige Entscheidungen zur Verfügung gestellt wird. In Deutschland fällt diese

Aufgabe allen voran der Leopoldina zu, die seit 2008 den Namenszusatz Nationale Akademie der Wissenschaften trägt. Ein Mandat, das ihr politisch die Autorität verleiht, im Namen der Wissenschaft mit ihren vielfältigen Teilgebieten zu sprechen, ist damit allerdings nicht verbunden. Aus nachvollziehbaren Gründen hat deshalb eine Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina vom Dezember vergangenen Jahres für Irritationen innerhalb der Scientific Community gesorgt. Die Akademie plädierte darin für harte politische Maßnahmen, um das zum Jahreswechsel wieder angefachte Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bekommen. Die damals formulierte Conclusio lautete: «Trotz Aussicht auf einen baldigen Beginn der Impfkampagne ist es aus wissenschaftlicher Sicht unbedingt notwendig, die weiterhin deutlich zu hohe Anzahl von Neuinfektionen durch einen harten Lockdown schnell und drastisch zu verringern.» Nicht nur der Schweizer Historiker Caspar Hirschi las daraus die Formulierung eines wissenschaftlichen Sachzwangs, nach der sich jede weitere Diskussion um Normen oder Optionen erübrigen sollte. Statt politische Debattenräume zu ermöglichen, wurden sie in Form eines scheinbar objektiven Schiedsspruchs verschlossen.

Allein schon der Anschein, dass Wissenschaft Alternativlosigkeit predigen und sich Entscheidungen anmaßen könnte, die nicht in ihren Aufgabenbereich fallen, ist fatal. Nicht das einvernehmliche Ja, sondern das differenzierte «Einerseits, andererseits» spiegelt die prinzipielle Ergebnisoffenheit wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse wider. Unsicherheiten müssen benannt und Schattierungen ausgeleuchtet werden, so sehr dies auch anschließend notwendige Erörterungen und Entscheidungen erschweren mag.

4. Politische Zurückhaltung ist keine Schwäche, sondern Tugend

Wissenschaft ist weisungsfrei. Sie muss kritisch und unbequem sein. Den vielfältigen Einflussversuchen ist ein Riegel vorzuschieben. Solche Beeinflussungen sind zumeist dann am größten, wenn die Äußerung einer wissenschaftlichen Meinung oder eines wissenschaftlichen Forschungsergebnisses erhebliche wirtschaftliche und politische Folgen zeitigen. Um diese Gefahr zu minimieren, ist größtmögliche Transparenz geboten. Andernfalls riskieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den Vorwurf der Parteilichkeit. Der Verdacht, nicht erkenntnis-, sondern interessengeleitet zu forschen, wiegt für jede und jeden von ihnen schwer. Renommee und die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft als Ganzes hängen davon ab.

Vorsicht ist immer dann geboten, wenn Fragestellungen politische Probleme berühren oder politische Implikationen haben. Nicht ausschließlich, aber vor allem die Geistes- und Sozialwissenschaften beruhen vielfach auf Erkenntnisverfahren, die nicht selten subjektiv wertende Interpretationen von durch objektive Beobachtung und Messung ermittelten Ergebnissen verlangen. Vorkehrungen, damit politische Voreinstellungen nicht ungefiltert auf wissenschaftliche Fragen und Ergebnisse durchschlagen, sind erprobt und bewährt. Die Offenlegung der subjektiven Fragestellung sowie die Würdigung konkurrierender Methoden und Denkansätze dienen der kritischen Selbstreflexion. Diese wird ausgehöhlt, wenn Wissenschaft und politisches Engagement verschmelzen, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Propagandistinnen und Propagandisten werden. Wo sie sich in die Arena des politischen Meinungskampfes begeben, müssen sie sich den politischen und medialen Gesetzmäßigkeiten der Aufmerksamkeitsökonomie unterwerfen. Für Zuspitzung und Polarisierung ist viel, für Zwischentöne und Differenzierungen weniger Platz. Beides ist aber in Gesellschaften, die sich zunehmend in von Empörungswellen getragenen Meinungsblasen bewegen, wichtiger denn je.

Wissenschaftlerin und Wissenschaftler, die vor diesem Hintergrund ihre Zurückhaltung in noch so wohlmeinender Absicht aufgeben, können kein Gegenwicht und Korrektiv zum erhitzten und permanent umtriebigen Politikbetrieb sein. Ihnen fehlt die professionelle Distanz. Sie sind nur noch Teil der politischen Agitation und Agenda. Damit verlieren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Stellung als unabhängige Institution in Staat und Gesellschaft, die über Jahrhunderte erkämpft werden musste. Die verfassungsrechtlich gewährte Unabhängigkeit einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers ist kein Selbstzweck und dient dem Gemeinwohl. Sie ist weder ein Relikt noch ein Privileg, das geschliffen werden sollte. Natürlich dürfen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie alle Bürgerinnen und Bürger politisch betätigen. Ihre Weltanschauung soll und darf auch gerne bunt sein – von ultra-konservativ über liberal bis dezidiert links. Unverändert ist jedoch die Einsicht richtig, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei politischer Betätigung nicht den Eindruck erwecken sollten, mit wissenschaftlicher Autorität zu handeln. Insbesondere sollte ein Professorentitel oder ein herausgehobenes Amt in einer wissenschaftlichen Institution nicht dazu dienen, politisch motivierte Äußerungen kundzutun. Wenn dies dennoch geschieht, nehmen die Person und die Zunft Schaden.

5. Wissenschaftler müssen für ihre Freiheit politisch streiten

Wissenschaft darf sich nicht der Politik andienen. Sie darf sich von ihr auch nicht vereinnahmen lassen. Ihre Unabhängigkeit ist ein hohes Gut, das wiederum seinerseits an politische Voraussetzungen gebunden ist.

Es ist daran zu erinnern, dass Staat und Gesellschaft Wissenschaft schützen und fördern müssen. Sie haben für ein Klima zu sorgen, das Unparteilichkeit zulässt. Wichtigster Garant dafür ist eine auskömmliche und verlässliche Grundfinanzierung von Forschung und Lehre. Wenn dagegen fortwährend Drittmittelerfolge zur harten Währung des Wissenschaftsbetriebs mutieren, wächst die Gefahr sachfremder Einflüsse auf die Wissenschaft mit. Das ständige Drängen auf eine Erhöhung der Drittmittelquote und die persönliche Bezahlung nach Maßgabe von quantitativen Parametern wie Drittmittel, Promotionen und Veröffentlichungen hat vielerlei Schattenseiten, die sich nicht in der Lenkung von Wissenschaft erschöpfen, sondern auch unethisches wissenschaftliches Verhalten mittelbar fördern. Wenn nur noch «geforscht wird, was bezahlt wird», gerät freie Wissenschaft schnell an ihr Ende. Die Möglichkeiten, vom Zeitgeist als abseitig oder abwegig angesehene Forschungspfade beschreiten zu können, bleiben auf der Strecke.

Wenn vor diesem Hintergrund aus der Politik verstärkt die Forderung erhoben wird, dass sich Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft mehr erklären soll, erweist sich gerade das als ein zweischneidiges Schwert – unabhängig von der Frage, ob wirklich alle wissenschaftlichen Erkenntnisse laiengerecht vermittelbar sind. So gut es ist, wenn Wissenschaft dazu beiträgt, Vorbehalte gegen die eigene Arbeit abzubauen, so birgt eine insbesondere in Deutschland vorgesehene Bindung der Forschungsförderung an die öffentliche Kommunikation auch Risiken. Sie liegen nicht zuletzt darin, dass eine Form der Wissenschaft bevorzugt wird, die mit dem Versprechen auftritt, aktuelle politische Probleme kurzfristig zu lösen, auf Kosten einer Grundlagenforschung, die zweckfrei ist, nichtsdestotrotz langfristig wirkungsvoller sein kann.

Das Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit bleibt in der Verfassungswirklichkeit eine ständige Herausforderung. Wissenschaftsfreiheit muss immer wie-

der verteidigt und erstritten werden. Der von der Regierung Orbán erzwungene Teilumzug der Central European University von Budapest nach Wien, ihr gezieltes Vorgehen gegen die «Gender Studies» oder auch das Gesetz, mit dem die von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften betriebenen Forschungsinstitute einem von Regierungsvertreterinnen und -vertretern dominierten Gremium unterstellt worden sind, bezeugen leider, dass selbst innerhalb Europas die Wissenschaftsfreiheit vor staatlichen Eingriffen nicht mehr sicher ist. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist aber auch andernorts Gefährdungen ausgesetzt. Spiegelbildlich zur Gesellschaft nimmt die Bereitschaft ab, Zumutungen zu ertragen: Hier und da versuchen selbsternannte Tugendwächterinnen und Tugendwächter linker wie rechter Couleur Sprachregeln zu diktieren und wissenschaftlich fundierte Aussagen als politisch indiskutabel zu diskreditieren.

«Cancel Culture», ein zunächst vor allem im anglo-amerikanischen Hochschulraum zu beobachtendes Phänomen, das sich auch im deutschsprachigen Raum ausbreitet, zielt ins Herz der Wissenschaft, die vom leidenschaftlichen, heftigen und kontroversen Ringen um Erkenntnis lebt. Differenzen zu Andersdenkenden sind stets im argumentativen Streit konstruktiv auszutragen – nicht mit Boykott, Bashing, Mobbing oder gar Gewalt.

Dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dennoch in unzulässiger Weise gegängelt und eingengt werden, darf die Scientific Community nicht stillschweigend hinnehmen. Universitäten als Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzungen müssen Stätten eines «Streits nach Regeln» bleiben. Wo die Freiheit von Forschung und Lehre tangiert ist, müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Stimme erheben, gerne vernehmlich, mitunter auch laut. Der Widerspruch zur zuvor angemahnten Zurückhaltung ist allenfalls ein scheinbarer. Wie immer, wenn es um Wissenschaft geht, ist die Ausgangsfrage, ob und wann Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Distanz zur Politik halten sollen, differenziert zu beantworten. Sie sollten nicht Fürsprecher einer bestimmten Politik sein, aber die Freiheit von Forschung und Lehre sollten sie immer und überall gegenüber der Politik und Gesellschaft – und manchmal auch gegenüber jenen Kolleginnen und Kollegen, die sich bereits im Besitz der Freiheit wähnen, mit Verve und Courage verteidigen. ■